

Umgang mit DDR-Heimerziehung nach der Weende

Einige fragmentarische Einblicke in eine trickreiche politische Inszenierung

DDR-Heimerziehung hat in der Nachwendezeit eine relativ bedeutende und viel beachtete Rolle bei der „Vergangenheitsbewältigung“ gespielt; und zwar seitens der Protagonisten der ihnen durch den Beitritt der DDR zugewachsenen Deutungshoheit leider überwiegend unüberschbar als eine politische Inszenierung, die an einer seriösen wissenschaftlichen Bearbeitung vorbeischrämmt. Das ist wenig überraschend insofern, als sich das nahtlos in die etablierte „Erinnerungskultur“ einfügte und einfügt; erstaunlich und beschämend aber doch deshalb, weil man sich ausgerechnet eine Thematik ausgewählt hat, welche von Betrachtern aus der zunächst unvoreingenommenen Bevölkerung sensibel-mitfühlend wahrgenommen wird und Aufmerksamkeit hervorruft; nämlich die Ausnahmesituation, daß Kinder nicht in der Geborgenheit ihrer Herkunftsfamilie aufwachsen. Aber gerade das war und ist wohl das erbärmliche vorgefaßte Kalkül.

Diese Art Umgang mit DDR-Heimerziehung hat sich über die Jahre hartnäckig gehalten; flammt immer wieder auf, und zwar mit zunehmender politischer Zuspitzung. Eine Beendigung ist nicht abzusehen.

Das wiederum hängt offenbar mit einer Besonderheit zusammen, die darin besteht, daß seit etwa 2006 die Heimerziehung in Westdeutschland in die öffentliche Kritik geraten ist; und die Bundesregierung sich bekanntlich veranlaßt sah, einen „Runden Tisch Heimerziehung“ einzusetzen mit dem Auftrag, Situation und Umstände innerhalb „der verdrängten Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik“ (Wensierski 2006) aufzuklären, den betroffenen ehemaligen Heimkindern Gehör zu verschaffen für das Leid, das ihnen widerfahren ist; und ihnen finanzielle Entschädigung in Aussicht zu stellen.

Das war eine unvorhergesehene Hürde, die sich der geschäftsmäßigen einseitigen Verteufelung der DDR-Heimerziehung in den Weg stellte, welche zu diesem Zeitpunkt bereits Hochkonjunktur hatte entsprechend der strategischen Orientierung auf Delegitimierung der DDR.

Dieses unangenehme Dilemma erklärt den merkwürdigen wellenförmigen und verwirrenden Verlauf weiterer „Aufarbeitung“ von Heimerziehung; und in Bezug auf die DDR die trickreiche politische Inszenierung, welche sachkundige Beurteilung nahezu vollständig in den Hintergrund gedrängt hat.

Mit den folgenden Ausführungen will ich versuchen, wenigstens skizzenhaft etwas Licht in das Verwirrspiel zu bringen. Ich fühle mich dazu befähigt, weil ich aus naheliegenden Gründen den Ablauf aufmerksam verfolgt habe; nicht zuletzt deshalb, weil die öffentliche Auseinandersetzung in prononcierter Weise auf mich als Person zugespitzt wurde und wird; als ehemaligem Funktionär und Wissen-

DDR-Heimerziehung im zeitgeschichtlichen Kontext

Gegenrede zu einem etablierten Zerrbild

Die „Aufarbeitung“ der Jugendhilfe und Heimerziehung der DDR nach der Wende hat ihre anfängliche Seriosität entsprechend der Aufforderung des Neunten Jugendberichtes der Bundesregierung (1994), in dem es heißt „dort abzugrenzen, wo Abgrenzung notwendig ist, aber auch dort anzuknüpfen, wo Traditionen dies zumindest erlauben würden“ inzwischen eingebüßt. Sie ist seit Jahren aufgesogen worden von der etablierten „Erinnerungskultur“, welche auf Delegitimierung der DDR abzielt; und aktuell in der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD wiederum zum Staatsziel erklärt wird. Sie unterliegt demzufolge einer raffinierten politischen Inszenierung, die sich als unendliche Geschichte mit jeweils aufflammenden „neuen Einfüllungen“ darbietet. Dazu habe ich mich an anderer Stelle geäußert. Was der Öffentlichkeit dargeboten wird, hat mit der Wirklichkeit der zu besprechenden vergangenen Zeitepoche wenig bis nichts zu tun; vermittelt vielmehr ein skurriles Zerrbild, das außerhalb der erwähnten *absichtsvollen* Herabwürdigung im Rahmen von *politischer Inszenierung* auch deshalb entstanden ist, weil Verfallszeitlichkeit von Jugendhilfe und Heimerziehung in der DDR gewissermaßen *vom zeitlichen Ende her* betrachtet und beurteilt wird, zwischenzeitlich veränderte oder präzisierte Orientierungen und deren Auswirkungen auf die Praxis nicht beachtet werden. Die *Genese* oder *Historizität* von Konzeptionalität und Praxis wird außer acht gelassen. Genau das aber führt zu einer *ahistorischen* Betrachtungsweise, die tunlichst vermieden werden sollte. Ich habe mich nach der Wende schon mehrfach zu diesem Aspekt geäußert (siehe Literaturangaben); melde mich aber wiederum zu Wort, weil das erwähnte Zerrbild nicht nur weiterhin verbreitet wird, sondern sich nahezu als Standarteinschätzung verfestigt hat. Ich beziehe mich auf Jugendhilfe *und* Heimerziehung, weil beide Bereiche von Positionierung und Konzeptualisierung her organisch verbunden sind.

Die konzeptionelle Orientierung für Jugendhilfe und Heimerziehung

Zur relativen Eigenständigkeit des Konzeptes

Das Jugendhilfe-Konzept war in die gesellschaftlichen Verhältnisse und politischen Strukturen der DDR eingebunden und ist letztlich nur daraus zu erklären und zu verstehen. Es weist aber durchaus

Geschlossene Unterbringung

Ein kurzer Problemaufschluß

Geschlossene Unterbringung hält sich in der Praxis von Jugendhilfe und Heimerziehung und in der theoretischen Erörterung offenbar als unendliche Geschichte; unübersehbar verknüpft mit politischer Inszenierung, Überlegungen und Intentionen aus Ordnungspolitik und Staatsräson sowie pädagogisch-psychologischem Meinungsstreit; also eingebettet in einen *übergreifenden Kontext* von Denkfiguren, und damit als ein hochpolitisches Thema, weit über sozialpädagogisch- fachliche Erwägungen hinausreichend. Insbesondere in der Nachwendezeit wurde der damit verbundene strittige Problemgehalt deutlich. Die Aufmerksamkeit wird wiederum hochgespült durch vermutetes Fehlverhalten in *gegenwärtig* existierenden Geschlossenen Heimen (Haasenburg GmbH). GU gibt es also nach wie vor; trotz langjähriger eindeutiger Positionierung in der Fachwelt *gegen* solchen Einschluß. Eindeutige Zahlen liegen nicht vor; aber es ist die Rede von 400 bis 500 Kindern, die davon betroffen sind. GU ist offenbar nicht tot zu kriegen. Das muß Gründe haben. Ich versuche nachfolgend einen Problemaufschluß aus persönlicher Sicht.

Relativ leicht läßt sich die mit dem Fräsekomplex verbundene *politische Inszenierung* erkennen und entschlüsseln. Sie erreichte einen *totalen* Höhepunkt in der Medienkampagne 2012, in der die Speerspitze gegen die DDR gepöchtelt war (Torgau), in Ablenkung von GU in der BRD vor und nach der Wende; und sogar unter *Unachtung* der Aussagen in Expertenberichten, die nachlesbar vorliegen. Und noch durchsichtiger: Kauder forderte 2008 im Bundestag „Warnarrest, Erziehungscamps und die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts“. Im Jahre 2012 gibt er sich als Gegner von GU und wirft der Hochschule in Hamburg vor, dem DDR-Funktionär Mannschatz, den er zum „Erfinder“ von Torgau hochstilisiert, eine Plattform zu eröffnen („Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“). In der *gegenwärtigen* Medienberichterstattung über „Haasenburg“ wiederholt sich diese Art von Inszenierung.

Spürbar in der Erörterung sind auch Überlegungen aus *ordnungspolitischer* Sicht. Sie registriert und beklagt das störend-auffällige bis kriminelle Verhalten einzelner Kinder und Jugendlicher im öffentlichen Leben, die sich jedem Einfluß entziehen und Ordnungsregeln nicht einhalten. Wenn Politik unter dieser Sicht GU *in der Zuständigkeit der Jugendhilfe* verlangt bzw. befürwortet (vorzugsweise in Wahlkampfzeiten), dann „entlastet“ sie sich ihrerseits von der anteiligen